

Vorlage Federführende Dienststelle: Fachbereich Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen Beteiligte Dienststelle/n:	Vorlage-Nr: FB 61/1409/WP17 Status: öffentlich AZ: Datum: 02.03.2020 Verfasser: FB 61/010 // Dez. III						
Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.12.2019, öffentlicher Teil							
Beratungsfolge: <table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="188 674 379 701">Datum</th> <th data-bbox="387 674 954 701">Gremium</th> <th data-bbox="962 674 1374 701">Zuständigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="188 712 379 739">05.03.2020</td> <td data-bbox="387 712 954 739">Planungsausschuss</td> <td data-bbox="962 712 1374 739">Entscheidung</td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	05.03.2020	Planungsausschuss	Entscheidung
Datum	Gremium	Zuständigkeit					
05.03.2020	Planungsausschuss	Entscheidung					

Beschlussvorschlag:

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 19.12.2020, öffentlicher Teil.

Anlage/n:

Niederschrift der Sitzung vom 19.12.2019, öffentlicher Teil

N i e d e r s c h r i f t

öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 19.12.2019
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:55 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal 170, Verwaltungsgebäude Marschierator, Lagerhausstraße

Anwesende:

Ratsherr Harald Baal	Vorsitzender
Herr Matthias Achilles	Vertretung für: Ratsherrn Thomas Buhr
Ratsherr Simon Adenauer	
Ratsherr Christoph Allemand	
Herr Marc Beus	
Ratsherr Holger Brantin	Vertretung für: Frau Maike Schlick
Ratsfrau Gaby Breuer	
Herr Dr. Sebastian Breuer	
Frau Maureen Fröhlich	
Ratsherr Wilhelm Helg	
Herr Johannes Hucke	Vertretung für: Herrn Ulrich Gaube
Herr Wilhelm Heinz Jennissen	
Ratsherr Manfred Kuckelkorn	
Ratsherr Ernst-Rudolf Kühn	
Herr Tobias Küppers	

Herr Dieter Müller

Herr Ulrich Pathe

Ratsfrau Claudia Plum

Bürgermeister Norbert Plum

Ratsherr Michael Rau

Ratsherr Karl-Heinz Starmanns

Vertretung für: Herrn Claus Haase

Vertretung für: Ratsherr Alexander Gilson

Abwesende:

Herr Thomas Buhr

entschuldigt

Ratsherr Alexander Gilson

entschuldigt

Herr Ulrich Gaube

entschuldigt

Herr Claus Haase

entschuldigt

Frau Maike Schlick

entschuldigt

Ratsherr Markus Mohr

entschuldigt

von der Verwaltung:

Frau Burgdorff

Dez. III

Herr Herrmann

FB 13

Frau Hildersperger

FB 61

Herr Kemperdick

FB 23

Herr Lelickens

FB 63

Herr Müller

FB 61

Frau Ohlmann

FB 61

Frau Prenger Berninghoff

FB 61

Frau Rohde

FB 61

Frau Dr. Rüdiger

FB 20

Herr Schneider

Dez. III

Frau Schneiders

FB 20

Herr Schulze-Schwanebrügger

FB 23

Herr Wiezorek

FB 36

als Schriftführerin:

Frau Vohn

FB 61

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.10.2019 und vom 14.11.2019,
öffentlicher Teil**

- 3 **Haushaltsplanberatungen 2020 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung bis 2023
Vorlage: FB 61/1337/WP17**

- 4 **Masterplan Uniklinik
hier: mündlicher Bericht zum Sachstand**

- 5 **Steuerung der Windenergienutzung in Aachen,
Ratsantrag 510/17 vom 01.07.2019 "Repowering-Konzept für Windenergieanlagen im
Norden der Stadt Aachen"
Vorlage: FB 61/1329/WP17**

- 5.1 **Steuerung der Windenergienutzung in Aachen,
Ratsantrag 510/17 vom 01.07.2019 "Repowering-Konzept für Windenergieanlagen im
Norden der Stadt Aachen"
(Ergänzungsvorlage)
Vorlage: FB 61/1329/WP17-1**

- 6 **Sachstandbericht zum aktuellen Stand der Diskussion im Rheinischen Revier, hier:
Revierknoten Raum
Vorlage: FB 61/1338/WP17**

- 7 **Bebauungsplan Nr. 955 - Richtericher Dell, Haupterschließung / Ortsumgehung -
hier: Bericht über den Variantenvergleich für den Trassenabschnitt - A -
Vorlage: FB 61/1330/WP17**

- 8 **Bebauungsplan Nr. 986 - Burggrafenstraße / Wiesenthal -**
hier:
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB
- Empfehlung zum Satzungsbeschluss
Vorlage: FB 61/1335/WP17
- 9 **Bebauungsplan Nr. 981 -Goffartstraße/ Bergische Gasse-**
hier: **Aufstellungsbeschluss für den Ergänzungsbereich und Offenlagebeschluss**
Vorlage: FB 61/1331/WP17
- 10 **Aufhebung des Beschlusses zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 895 - Strüverweg / Stockheider Mühle -**
hier: **Aufhebungsbeschluss**
Vorlage: FB 61/1259/WP17
- 11 **II. (vereinfachte) Änderung Bebauungsplan Nr. 915**
- **Seffenter Weg / Melaten -**
hier: **Änderungs- und Offenlagebeschluss**
Vorlage: FB 61/1313/WP17
- 12 **Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses - Lichtenbusch Innenbereich - zwischen Monschauer Straße, Kesselstraße, Raerener Straße und Raafstraße;**
hier: **Aufhebungsbeschluss**
Vorlage: FB 61/1319/WP17
- 13 **Bebauungsplan im Bereich zwischen Raafstraße, Sanddornweg und Lichtenbuscher Weg**
hier: **Aufstellungsbeschluss**
Vorlage: FB 61/1320/WP17
- 14 **I. Änderung Bebauungsplan Nr. 825 -Kaiserplatz, Heinrichsallee-**
hier: **Änderungs- und Offenlagebeschluss**
Vorlage: FB 61/1328/WP17

15 **Beschluss über eine weitere Verlängerung der Veränderungssperre für das Grundstück Gemarkung Burtscheid, Flur 2, Flurstück 1657 (Kurbrunnenstraße 22) im Stadtbezirk Aachen-Mitte**
Vorlage: FB 61/1334/WP17

16 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

1 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.10.2019 und vom 14.11.2019, nichtöffentlicher Teil**

2 **Altstadtquartier Büchel**
hier: mündlicher Bericht zum Sachstand

3 **Private Bauvorhaben**

3.1 **Privates Bauvorhaben:**
hier: Rathausstraße 43a in Aachen-Laurensberg
Vorlage: FB 61/1332/WP17

4 **Denkmalschutzangelegenheiten**

5 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Baal eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreterinnen und Vertreter von Öffentlichkeit, Verwaltung und Presse.

Er stellt durch Nachfrage bei den Fraktionen fest, dass die vereinbarte Vertretungsreihenfolge eingehalten wurde.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.10.2019 und vom 14.11.2019, öffentlicher Teil

Da die Niederschriften dem Ausschuss noch nicht vorliegen, wird die Genehmigung einvernehmlich vertagt.

zu 3 Haushaltsplanberatungen 2020 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung bis 2023 Vorlage: FB 61/1337/WP17

Herr Baal schlägt vor, dass die Fraktionen ihre Änderungsanträge jeweils vortragen, so dass er getrennt darüber abstimmen lassen könne. Die abschließende Beschlussfassung könne dann unter Berücksichtigung der gegebenenfalls gefassten Änderungsbeschlüsse erfolgen.

neues PSP-Element, Rahmenplanung Vaals Grenze:

Für die Fraktionen SPD und CDU beantragt Herr Plum die Bereitstellung von 25.000€ im Haushaltsjahr 2020.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

PSP-Element 4-090101-906-5, Bürgerbeteiligung:

Für die Fraktion der Grünen beantragt Herr Rau, den Ansatz auf jährlich 10.000€ zu erhöhen.

Für die SPD-Fraktion spricht sich Herr Plum dagegen aus, den Ansatz pauschal zu erhöhen, ohne einen konkreten Bedarf bzw. Verwendungszweck zu benennen.

Der Antrag wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Grüne, Die Linke und Piraten abgelehnt.

neues PSP-Element, Rahmenplanung Walheim:

Für die Fraktion der Grünen beantragt Herr Rau die Bereitstellung von jeweils 30.000€ in den Haushaltsjahren 2021 und 2022.

Für die SPD-Fraktion erklärt Herr Plum, dass man zunächst über eine Priorisierung von Rahmenplanungen und räumlichen Konzepten generell beraten wolle, eine Haushaltseinplanung könne dann auf Grundlage einer beschlossenen Prioritätenliste vorgenommen werden.

Der Antrag wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Grüne und Die Linke abgelehnt.

neues PSP-Element, ISEK Forst/ Schönforst/Driescher Hof:

Für die Fraktion der Grünen beantragt Herr Rau jeweils einen Ansatz von 75.000€ für die Haushaltsjahre 2020 und 2021, damit die planerischen Voraussetzungen für die Beantragung von Städtebauförderungsmitteln aus dem Programm Soziale Stadt geschaffen werden könnten.

Für die Fraktion Die Linke unterstützt Herr Beus den Antrag. Der Handlungsbedarf in diesem Bereich sei unstrittig, es sei sinnvoll, den Planungsprozess umgehend anzustoßen und nicht länger zu warten.

Für die Piratenfraktion stimmt Herr Achilles seinen Vorrednern zu, weitere Verzögerungen würden im Quartier zunehmend als mangelnde Wertschätzung empfunden. Es sei ein starkes Signal notwendig, das mit einem schnellen Start der Planungen gegeben werden könnte.

Als Vertreter des Seniorenrats und Mitglied der Stadtteilkonferenz plädiert auch Herr Jennissen für einen zeitnahen Start der Vorbereitungen für ein ISEK. Der Stadtteil stehe vor großen Problemen, die zügig angepackt werden müssten.

Für die FDP-Fraktion kündigt auch Herr Helg Unterstützung des Antrags an, insbesondere der Bereich Driescher Hof weise dringenden Handlungsbedarf auf.

Für die SPD-Fraktion sieht auch Herr Plum grundsätzlich den Handlungsbedarf, allerdings spreche man sich für ein geordnetes Vorgehen aus. Man müsse das Thema inhaltlich beraten, dann müsse die Verwaltung den Bedarf benennen und auf dieser Basis könne dann eine Mittelbereitstellung erfolgen.

Für die CDU-Fraktion stimmt Frau Breuer dem zu, die insgesamt 150.000€ müssten schließlich auch im Gesamthaushalt verantwortet werden.

Nach einer kurzen Diskussion, an der sich Frau Breuer sowie die Herren Rau, Plum, Beus, Jennissen, Achilles, Helg, Allemand und Hucke beteiligen, schlägt Herr Baal vor, das Thema in einer der nächsten

Sitzungen auf die Tagesordnung zu setzen, damit eine inhaltliche Beratung stattfinden könne. Sollte es sich als notwendig erweisen, könne eine Mittelbereitstellung auch noch außerplanmäßig erfolgen.

Der Antrag wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Grüne, Die Linke, Piraten und FDP abgelehnt.

neues PSP-Element, Bhf West – städtebauliche Rahmenplanung/ Knotenpunkt ÖPNV:

Für die Fraktion der Grünen beantragt Herr Rau einen Ansatz von 50.000€ für das Haushaltsjahr 2020.

Der Antrag wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Grüne, Die Linke und Piraten abgelehnt.

PSP-Element 4-090101-905-7, Modell- und Planungskosten:

Für die Fraktion der Grünen beantragt Herr Rau die Erhöhung des jährlichen Ansatzes auf 30.000€.

Der Antrag wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Grüne, Die Linke und Piraten abgelehnt.

PSP-Element 4-090101-047-5, Wettbewerb Bushof und Umfeld:

Für die Fraktion Die Linke beantragt Herr Beus eine Erhöhung des Ansatzes in 2020 von 200.000€ auf 500.000€, um dringende Sofortmaßnahmen zur Umfeldverbesserung durchführen zu können.

Der Antrag wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke und Grüne abgelehnt.

neues PSP-Element, Wettbewerb zur Qualitätssicherung neuer Feuerwehrgebäude:

Für die Fraktion Die Linke beantragt Herr Beus die Bereitstellung von 100.000€ für das Haushaltsjahr 2020.

Herr Plum vertritt die Auffassung, dass dieser Antrag zuständigkeitshalber im Betriebsausschuss Gebäudemanagement oder evt. im für Feuerwehrangelegenheiten zuständigen Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beraten werden müsse.

Herr Baal schlägt vor, den Antrag zur Abstimmung zu stellen, sollte er eine Mehrheit finden, könne man prüfen, ob ein weiteres Gremium damit zu befassen sei.

Der Antrag wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Grüne, Die Linke und Piraten abgelehnt.

neues PSP-Element, Voruntersuchung zur Einführung von Unterflurcontainern:

Für die Fraktion Die Linke beantragt Herr Beus einen Ansatz in Höhe von 10.000€ für das Haushaltsjahr 2020.

Herr Plum weist darauf hin, dass auch hier die Beschlusszuständigkeit des Planungsausschusses nicht gegeben sei, dieser Antrag sei im Betriebsausschuss Stadtbetrieb zu beraten.

Herr Baal lässt auch hier über den Antrag abstimmen mit der Option, im Falle einer Mehrheit die Zuständigkeit weiterer Gremien prüfen zu lassen.

Der Antrag wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Grüne, Die Linke und Piraten abgelehnt.

Weitere Änderungsanträge liegen nicht vor.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss beschließt ausschließlich der Personalaufwendungen die Teilergebnispläne der Produkte

010601 – Vergabewesen und HOAI-Musterverträge

090101 – Räumliche Planung und Entwicklung

090103 – Städtebauliche Verträge

090301 – Geoinformationsdienste, -management, u.a.

090401 – Bodenordnung, Bewertung, Ortsbaurecht

100101 – Bauaufsicht

100201 – Bauverwaltung

100301 – Zuschusswesen Dez. III

100901 – Denkmalschutz und Denkmalpflege

150102 – Entwicklung städtebaulicher Standortfaktoren

entsprechend dem Haushaltsplanentwurf 2020 und der Finanzplanung 2021-2023 einschließlich der Veränderungsnachweisung, der Produktblätter und der beschlossenen Änderungsanträge und beauftragt die Verwaltung, die Beratungsergebnisse in die jeweiligen Teilfinanzpläne zu übertragen.

Der Planungsausschuss beschließt ebenfalls die in den entsprechenden Teilfinanzplänen veranschlagten Investitionen sowie deren Finanzplanung 2021-2023 einschließlich der Veränderungsnachweisung und der beschlossenen Änderungsanträge beauftragt die Verwaltung, die Auswirkungen der Veränderungen in der Teilfinanzplanung in die Ergebnisplanung einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die Stimme der Piratenfraktion

zu 4 Masterplan Uniklinik

hier: mündlicher Bericht zum Sachstand

Frau Ohlmann gibt einen kurzen Überblick über den aktuellen Stand der mit der Umsetzung des Masterplans Uniklinik in Zusammenhang stehenden Bebauungsplanverfahren.

Herr Plum berichtet über fortgesetzte Beschwerden über die Parkplatzsituation am Klinikum. Er wolle daher nochmals dringend darum bitten, alternative Stellplatzmöglichkeiten zu prüfen und bereitzustellen.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 5 Steuerung der Windenergienutzung in Aachen,

zu 5.1 Ratsantrag 510/17 vom 01.07.2019 "Repowering-Konzept für Windenergieanlagen im Norden der Stadt Aachen"

Vorlage: FB 61/1329/WP17

Vorlage: FB 61/1329/WP17-1 (Ergänzungsvorlage)

Für die Fraktion der Grünen nimmt Herr Rau Bezug auf die intensive Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz und kündigt an, dass man dem auf dieser Grundlage veränderten Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen werde. Man sei der festen Überzeugung, dass auch in Aachen auf dem Gebiet der Windenergie mehr passieren müsse, allerdings sei dies bei Einhaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht einfach zu bewerkstelligen. Es zeichne sich ab, dass die gesetzten Ziele alleine auf dem hochverdichteten Aachener Stadtgebiet nicht zu erreichen sein werden, daher müsse man parallel versuchen, Kooperationen mit den euregionalen Nachbarstädten einzugehen.

Für die SPD-Fraktion stellt Herr Plum bedauernd fest, dass die Entwicklung beim Ausbau der Windenergie nicht positiv sei. Auch seine Fraktion setze sich für mehr Aktivitäten ein, und in diesem Sinne halte man den geänderten Beschlussvorschlag der Verwaltung für richtig und werde diesem zustimmen. Man halte es für wichtig zu betonen, dass die in der Vorlage dargestellten Kriterien nicht die alleinigen seien, außerdem bitte man die Verwaltung darum, die sogenannten harten Kriterien so flexibel anzuwenden wie dies im Rahmen des rechtlich Zulässigen möglich sei.

Für die Fraktion Die Linke sieht Herr Beus bei der Windenergie den größten potentiellen Beitrag bei der Umstellung auf regenerative Energien, vor diesem Hintergrund sei die Entwicklung auf Landesebene umso schädlicher. Es sei in jedem Fall sinnvoll, an die Grenzen des Machbaren zu gehen, wobei man die Klimabelange und andere Umweltaspekte nicht gegeneinander ausspielen sollte.

Für die Piratenfraktion plädiert Herr Achilles dafür, alle Möglichkeiten auf Stadtgebiet auszuschöpfen. Der Hinweis auf euregionale Kapazitäten reiche hier nicht aus, die Stadt Aachen habe per Ratsbeschluss den

Klimanotstand ausgerufen, daran müsse man sich auch in konkreten Beschlüssen, zum Beispiel bei der Bereitstellung von Flächen für die Windenergie in Aachen, messen lassen.

Herr Baal weist darauf hin, dass die politischen Gremien in Aachen bereits etliche Windenergieprojekte mit großer Mehrheit auf den Weg gebracht haben. Bei einer ebenso großen Mehrheit bestehe der Wunsch nach weiteren Aktivitäten, leider werde die Abwägung jedoch immer schwieriger.

Frau Rohde betont, dass der heutige Beschluss wichtig sei, das gesamträumliche Planungskonzept fertig stellen zu können. Die planerische Steuerung der Windenergienutzung stelle sich zunehmend komplex dar, es sei eine Vielzahl vorhandener gesetzlicher Vorgaben, Erlasse und laufender, sich stetig verändernder Rechtsprechung zu beachten. Für die Bewertung eines Standorts sei nicht nur wichtig, wie viele Anlagen dort errichtet werden können, ein wichtiges Kriterium sei die Nachhaltigkeit insgesamt. Die euregionale Entwicklung habe man dabei selbstverständlich auch im Blick.

Herr Wiezorek erläutert auf Nachfrage von Herrn Allemand, dass als Belange des Umweltschutzes beispielsweise Aspekte wie Lärm, Schlagschatten und Artenschutz zu berücksichtigen seien. Die Verwaltung sei bemüht, eine umsetzbare Planung vorzulegen, dabei aber auch die existierenden Grenzen darzustellen und zu erläutern.

Nach einer ausführlichen Diskussion, an der sich seitens des Ausschusses Frau Breuer, die Herren Allemand, Rau, Plum und Beus sowie seitens der Verwaltung Frau Rohde und Herr Wiezorek beteiligen, fasst der Ausschuss den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt die Erläuterungen der Verwaltung zur Kenntnis. Er bekräftigt die Zielsetzung, die Windenergie planerisch steuern zu wollen, um den größtmöglichen und nachhaltigen Ausbau der Windenergie auf Aachener Stadtgebiet zu ermöglichen, der im Einklang mit den Zielen des Klimaschutzes, aber auch des Umweltschutzes steht. Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah ein Konzept u.a. auf Grundlage der in der Vorlage dargestellten harten und weichen Tabukriterien vorzulegen. Dabei soll dargestellt werden, welchen Spielraum die in der Vorlage genannten harten und weichen Kriterien bieten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 6 Sachstandbericht zum aktuellen Stand der Diskussion im Rheinischen Revier, hier:
Revierknoten Raum
Vorlage: FB 61/1338/WP17**

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt die Erläuterungen der Verwaltung zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, die Stadt Aachen weiterhin aktiv im weiteren Prozess zu vertreten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 7 Bebauungsplan Nr. 955 - Richtericher Dell, Haupterschließung / Ortsumgehung -
hier: Bericht über den Variantenvergleich für den Trassenabschnitt - A -
Vorlage: FB 61/1330/WP17**

Für die SPD-Fraktion nimmt Herr Plum Bezug auf die bisherigen Beratungen und weist darauf hin, dass die Verwaltung aus städtebaulichen Gründen immer die Randlage der Erschließungsstraße gefordert habe. Die jetzt vorgetragenen Argumente für die Mittellage halte man nicht für überzeugend, die Straße in Mittellage würde das Wohngebiet zerschneiden und könne darüber hinaus die Funktion einer Umgehungsstraße mit einer Entlastung für den Ortskern von Richterich nicht ausreichend gewährleisten. Man werde daher den Empfehlungen der Bezirksvertretung und des Mobilitätsausschusses folgen und für die Trasse in Randlage als Grundlage für den Bebauungsplan stimmen und man hoffe sehr, dass mit der heutigen Beschlussfassung das Verfahren endlich weitergeführt werde.

Für die Fraktion der Grünen spricht sich auch Herr Rau für die Trasse in Randlage aus. Es sei sicherlich richtig, die Varianten gegenüberzustellen und genau abzuwägen. Dabei sei man aber in der Auffassung bestätigt worden, dass aus städtebaulichen Gründen die Randlage für die Straße die bessere Lösung darstelle, auch wenn dies mit höheren Kosten verbunden sei. Insgesamt müsse man aber aus der durch diese Entscheidungsfindung entstandenen Verzögerung lernen, dass zukünftig grundlegende Fragestellungen besser abgeklärt sein müssten, bevor man in eine städtebauliche Planung einsteige.

Für die Fraktion Die Linke schließt sich Herr Beus seinen Vorrednern an. Es sei tatsächlich erstaunlich, dass Fragen der Topographie und daraus resultierende Konsequenzen für die Entwässerung erst zum jetzigen Zeitpunkt im Verfahren auftauchten, dies müsse zukünftig deutlich früher passieren.

Für die Piratenfraktion kündigt Herr Achilles an, dass man sich aus Zeit- und Kostengründen, aber auch aus verkehrlichen Gründen für die Trasse in Mittellage entschieden habe.

Für die CDU-Fraktion betont Herr Brantin, dass man der Verwaltung hier keinen Vorwurf machen wolle. Man habe eine Abwägung zu treffen für die nächsten Jahrzehnte, daher sei es wichtig, alle Fakten zu

bedenken. Die Ortsumgehung werde in Richterich dringend benötigt, und die Trasse in Nordlage werde den Anforderungen insgesamt am besten gerecht. Daher werde man auch hier entsprechend dem Votum aus dem Bezirk und dem Mobilitätsausschuss beschließen.

Der Vorsitzende lässt die Empfehlung aus der Bezirksvertretung und dem Mobilitätsausschuss sowie den Beschlussvorschlag gegeneinander abstimmen.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Die Empfehlung aus der Bezirksvertretung und dem Mobilitätsausschuss, wonach die Variante 1 - Trassenabschnitt -A- in Randlage, geländenah - Grundlage für die weitere Bearbeitung des Bebauungsplanes Nr. 955 wird, erhält 17 Ja-Stimmen und ist damit beschlossen.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung, wonach die Variante 2 - Trassenabschnitt -A- in Mittellage, geländenah - Grundlage für die weitere Bearbeitung des Bebauungsplanes Nr. 955 wird, erhält eine Ja-Stimme und ist damit abgelehnt.

zu 8 Bebauungsplan Nr. 986 - Burggrafenstraße / Wiesenthal –

Hier:

- **Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB**
- **Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB**
- **Empfehlung zum Satzungsbeschluss**

Vorlage: FB 61/1335/WP17

(Herr Rau erklärt sich für befangen und nimmt an Beratung und Beschlussfassung zu diesem Punkt nicht teil.)

Auf Nachfrage von Herrn Allemann erläutert Frau Hildersperger kurz den Umgang mit den vorhandenen Bäumen im Bebauungsplangebiet.

Für die Fraktion der Grünen lobt Herr Hucke den Umgang mit den Stellplätzen in diesem Verfahren. Das Mobilitätskonzept sei beispielhaft in der Anwendung der Stellplatzsatzung, daher rege man an, dies in die Evaluierung aufzunehmen und zukünftig zur Regel zu machen.

Für die SPD-Fraktion beurteilt auch Herr Plum das Mobilitätskonzept sehr positiv. Angesichts des dringenden Bedarfs an bezahlbarem Wohnraum sei es nun wichtig, das Verfahren zügig zu Ende zu bringen und mit dem Wohnungsbau zu beginnen. Dazu wolle man heute dem Beschlussvorschlag der Verwaltung mit der durch die Bezirksvertretung Aachen-Mitte vorgenommenen Modifizierung zustimmen.

Für die Fraktion Die Linke signalisiert auch Herr Beus Zustimmung. Das Mobilitätskonzept unterstütze man sehr, gerade in diesem Bereich sei Innovation dringend von Nöten.

PLA/59/WP.17

Ausdruck vom: 02.03.2020

Seite: 13/18

Frau Burgdorff berichtet, dass man sich zur Umsetzung des Mobilitätskonzepts in intensiven Diskussionen mit verschiedenen möglichen Betreibern der gemeinsamen Mobilstation befinde. Man betrachte dies als Modellprojekt und sei zuversichtlich, eine gute Lösung für das Management zu finden.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über das Ergebnis der öffentlichen Auslegung zur Kenntnis.

Er empfiehlt, den Bebauungsplan gemäß § 4a Abs. 3 in Anwendung des § 13 BauGB wie folgt vereinfacht zu ändern:

- Im Bereich WA 1 und 2 wird der Bereich mit der Höhe 165,00 NHN um 2,5 m nach Süden erweitert.
- Die Flächen für Stellplätze werden als Fläche für Gemeinschaftsstellplätze festgesetzt

Weiterhin empfiehlt er, die Schriftlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan wie folgt zu ergänzen:

- Im Bereich WA 2 dürfen bei der Ermittlung der Geschossflächen die Flächen von Stellplätzen in Gebäuden unberücksichtigt bleiben.
- Im Bereich WA 1 dürfen bei der Ermittlung der Grundstücksfläche Flächenanteile an außerhalb des Baugrundstückes festgesetzten Gemeinschaftsstellplätzen, die innerhalb des Plangebietes liegen, hinzugerechnet werden.
- Die Stellplatzsatzung der Stadt Aachen wird im Bebauungsplan inhaltlich umgesetzt. Die Schriftlichen Festsetzungen werden durch Festsetzungen zur Anzahl und Herstellung der notwendigen Stellplätze und Fahrradabstellplätze ergänzt.

Er empfiehlt dem Rat, nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange, die Stellungnahmen der Öffentlichkeit zur öffentlichen Auslegung, die nicht berücksichtigt werden konnten, zurückzuweisen und den geänderten und ergänzten Bebauungsplan Nr. 986 - Burggrafenstraße / Wiesental - gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 9 Bebauungsplan Nr. 981 -Goffartstraße/ Bergische Gasse-

hier: Aufstellungsbeschluss für den Ergänzungsbereich und Offenlagebeschluss

Vorlage: FB 61/1331/WP17

Für die Piratenfraktion kündigt Herr Achilles Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung. In der Bezirksvertretung Aachen-Mitte sei darum gebeten worden sicherzustellen, dass die Dachbegrünung als Maßnahme zum Klimaschutz umgesetzt würden. Diesen Wunsch wolle er auch hier äußern, es sei wichtig, dass die Begrünung des Daches zügig auf den Weg gebracht werde.

Für die SPD-Fraktion signalisiert auch Herr Plum Zustimmung.
PLA/59/WP.17

Ausdruck vom: 02.03.2020

Seite: 14/18

Für die Fraktion Die Linke dankt Herr Beus der Verwaltung für die sorgfältige Arbeit. Man sei froh, den Musikbunker mit seiner Nutzung langfristig sichern zu können und werde daher dem Beschlussvorschlag ebenfalls zustimmen.

Zur Frage der Dachbegrünung betont Frau Breuer, dass man von einer Umsetzung ausgehe. Das Gebäude sei nun städtisch, und die Stadt müsse selbstverständlich alle Anforderungen erfüllen, die man auch an private Bauherren stelle.

Herr Baal verweist hierzu auf einen Ratsantrag der Mehrheitsfraktionen zum Thema Dachbegrünung/ Photovoltaik bei städtischen Projekten.

Nach einer kurzen Diskussion, an der sich seitens des Ausschusses Frau Breuer, die Herren Achilles, Plum, Beus und Rau sowie seitens der Verwaltung Frau Ohlmann beteiligen, fasst der Ausschuss den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschließt er die ergänzende Aufstellung und gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschließt er die öffentliche Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes zur Innenentwicklung nach § 13 a BauGB Nr. 981 in der vorgelegten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 10 Aufhebung des Beschlusses zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 895 - Strüverweg / Stockheider Mühle -

hier: Aufhebungsbeschluss

Vorlage: FB 61/1259/WP17

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Er beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 1 Abs. 8 BauGB die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 895 – Strüverweg / Stockheider Mühle - im Bereich Strüverweg, Wildbach und Stockheider Mühle im Stadtbezirk Aachen-Laurensberg.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 11 II. (vereinfachte) Änderung Bebauungsplan Nr. 915

- Seffenter Weg / Melaten -

hier: Änderungs- und Offenlagebeschluss

Vorlage: FB 61/1313/WP17

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis. Er stellt fest, dass auf die frühzeitige Bürgerbeteiligung verzichtet werden kann und beschließt für die II. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 915 - Seffenter Weg / Melaten – die Einleitung des Änderungsverfahrens gem. § 2 Abs. 1 und § 1 Abs. 8 BauGB sowie die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 12 Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses - Lichtenbusch Innenbereich - zwischen
Monschauer Straße, Kesselstraße, Raerener Straße und Raafstraße;**

hier: Aufhebungsbeschluss

Vorlage: FB 61/1319/WP17

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.
Er beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 1 Abs. 8 BauGB die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses A 147 - Lichtenbusch Innenbereich - im Bereich zwischen Monschauer Str. , Kesselstr, Raerener Str. und Raafstr. im Stadtbezirk Aachen-Kornelimünster/Walheim.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 13 Bebauungsplan im Bereich zwischen Raafstraße, Sanddornweg und Lichtenbuscher Weg
hier: Aufstellungsbeschluss**

Vorlage: FB 61/1320/WP17

Für die Fraktion der Grünen gibt Herr Hucke zu Protokoll, dass der städtebauliche Entwurf, der diesem Bebauungsplan zugrunde liege, leider qualitativ nicht sehr hochwertig sei. Man habe hier keine innovativen Lösungen gefunden, der Flächenverbrauch sei insbesondere durch die Doppelhäuser zu hoch und das Quartiersparken sei zum Beispiel im südlichen Bereich besser gelöst worden. Letztlich müsse man feststellen, dass mehr Wohneinheiten und ein besserer Städtebau möglich wären.

Herr Allemann weist darauf hin, dass das Verfahren bei den Anwohner*innen viel Unruhe ausgelöst habe, hier sei nun eine gute Kommunikation erforderlich.

PLA/59/WP.17

Ausdruck vom: 02.03.2020

Seite: 16/18

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Er beschließt gemäß § 2 Abs.1 BauGB zur Sicherung nachfolgender Ziele der Bauleitplanung

- Schaffung des Planungsrechts für Ein- und Zweifamilienhäuser sowie untergeordnet

Mehrfamilienhäuser mit Wohnungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau

die Aufstellung eines Bebauungsplanes im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 b i.V.m. § 13 a BauGB

für den Planbereich zwischen Raafstraße, Sanddornweg und Lichtenbuscher Weg im Stadtbezirk

Aachen-Kornelimünster/Walheim.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 14 I. Änderung Bebauungsplan Nr. 825 -Kaiserplatz, Heinrichsallee-

hier: Änderungs- und Offenlagebeschluss

Vorlage: FB 61/1328/WP17

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Er beschließt gemäß § 2 Abs.1 BauGB die vereinfachte Änderung und gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die

öffentliche Auslegung der I. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 825– Kaiserplatz, Heinrichsallee - für

den Bereich zwischen dem Hansemannplatz und dem Kaiserplatz in der vorgelegten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 15 Beschluss über eine weitere Verlängerung der Veränderungssperre für das Grundstück

Gemarkung Burtscheid, Flur 2, Flurstück 1657 (Kurbrunnenstraße 22) im Stadtbezirk

Aachen-Mitte

Vorlage: FB 61/1334/WP17

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat, für das

Flurstück 1657, Flur 2, Gemarkung Burtscheid, eine Satzung über eine weitere Verlängerung der

Veränderungssperre gemäß § 17 Abs. 2 BauGB zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 16 Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen folgende Mitteilungen der Verwaltung schriftlich vor:

- Bebauungsplan Nr. 956 – Branderhofer Weg/ Am Römerhof –
Zusätzliche Anhörungsveranstaltung für Bürgerinnen und Bürger

- Theaterplatz, Zeitplan 2020

Frau Burgdorff erläutert kurz die schriftlich vorliegende Mitteilung und informiert den Ausschuss darüber, dass man die Planung am Theaterplatz in einem dialogorientierten Vorgehen, auch als Beispiel für zukünftige Projekte im öffentlichen Raum, angehen wolle. Ziel sei es, eine qualifizierte Planung entsprechend Leistungsphase 3 HOAI zu erhalten, um auf dieser Grundlage Städtebaufördermittel zu beantragen. Über den weiteren Fortgang werde man dem Ausschuss regelmäßig Bericht erstatten.